

Remscheider Turnverein von 1861 (Korp.)
Herrn Günter Manne
Herrn Joachim Hartenstein
Postfach 10 07 39

42807 Remscheid

Remscheid, 27. Juni 2003

Dokument2

**Bau einer 3-Feld-Sporthalle „Am Stadtpark“
Ihr Schreiben an Mitglieder der SPD Ratsfraktion Remscheid vom 17. Juni 2003**

Sehr geehrter Herr Manne,
sehr geehrter Herr Hartenstein,

mit dem o.g. Schreiben haben Sie sich in der vergangenen Woche an Ratsmitglieder, Bezirksvertreter und sachkundige Bürger gewandt, so auch an die Mitglieder der SPD Ratsfraktion Remscheid und der SPD Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Remscheid.

Für den zuletzt genannten Personenkreis erlaube ich mir – nach Abstimmung mit den Betreffenden – eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben:

Erstens

Die der SPD angehörenden Mitglieder des Rates, der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen haben im Rahmen Ihrer Aufgaben und Zuständigkeit das Vorhaben, eine Vereinssporthalle am Stadtpark zu errichten, wohlwollend begleitet.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir an Ihren Besuch in einer gemeinsamen Sitzung unserer Fraktionsarbeitskreise I (Schule, Sport und Kultur) und III (Bauen, Umwelt, Grünflächen und Ordnungsangelegenheiten) am 17. Januar 2002 in den Räumen unserer Fraktionsgeschäftsstelle zu erinnern.

Sie haben in diesem Rahmen die Planungen Ihres Vereins für die Sporthalle vorgestellt.

Äußerer Anlass Ihres damaligen Besuch war die weitere Verfahrensweise beim für die Verwirklichung Ihres Projekts erforderlichen Bauleitplanverfahren für das von der Hindenburgstraße, dem Schützenplatz und dem Carl-Grüber-Weg eingegrenzte Plangebiet.

Für den Bebauungsplans Nr. 545 wurde im Herbst 2001 gem. § 3 Abs. 1 BauGB eine frühzeitige Bürgerbeteiligung durchgeführt, die von der Bezirksvertretung I in ihrer Sitzung am 23. Mai 2001 auch mit den Stimmen der Mitglieder der SPD Fraktion beschlossen wurde.

Die SPD Ratsfraktion Remscheid und die SPD Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt bzw. Alt-Remscheid haben im weiteren Verfahren das Bauleitplanverfahren positiv begleitet, unter anderem auch in den Sitzungen des Sportausschusses.

Letztlich wurde in der Ratssitzung am 8. Juli 2002 auch mit den Stimmen der der SPD angehörenden Ratsmitglieder der Bebauungsplan Nr. 545 in seiner endgültigen Fassung (Drs. 61/372 i.V.m. dem in der Sitzung vorgelegten Nachtrag unter der gleichen Drucksachennummer) beschlossen.

Der nunmehr ortsüblich bekanntgemachte und damit verbindliche Bebauungsplan bildet die Grundlage für die Erteilung einer Baugenehmigung für das Bauvorhaben Ihres Vereins.

Daraus ist erkennbar, dass die SPD Ratsfraktion unter Wahrung der Ihren Mitgliedern gesetzlich auferlegten Verpflichtungen zur gewissenhaften Ausübung Ihres Mandates, das Bauvorhaben des RTV positiv begleitet haben.

Zweitens

Bis zum Haushaltsjahr 2001 fand eine anlass- und objektorientierte Förderung von Schulbauten durch das Land Nordrhein-Westfalen statt. Seit dem Haushaltsjahr 2002 wurden diese Mittel in ihrer Höhe verdoppelt und kommen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes als sog. „Schulbaupauschale“ zur Auszahlung.

Der Rat der Stadt Remscheid hat – zuletzt im Rahmen seiner Beratungen zum Haushalt 2003 und dem Investitionsplan 2003 bis 2006 – die Verwendung der Mittel aus der Schulbaupauschale festgelegt.

Sie dienen in erster Linie Maßnahmen zum Erhalt der Gebäudesubstanz der Remscheider Schulen, wie aus der in der Anlage befindlichen Übersicht zu entnehmen ist.

Zum besseren Verständnis dieser Tabelle ist auch die Drucksache 40/125 beigefügt.

Wie aus dieser Aufstellung leicht zu ersehen ist, werden die zur Verfügung stehenden Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung vollständig ausgeschöpft.

Auch die zu erwartende umfassende Förderung von Investitionen im Rahmen der Einrichtung der offenen Ganztagsgrundschule wird keinen zusätzlichen Spielraum bei der Schulpauschale schaffen, zumal die Stadt Remscheid zwischenzeitlich ihre Investitionstätigkeit im Bereich der

Schulen ausschließlich aus den durch das Gemeindefinanzierungsgesetz zugewiesenen Mitteln bestreitet.

Zugleich ist unbestritten, dass der Investitionsbedarf an Remscheider Schulen deutlich höhere Finanzmittel erfordern würde, als zur Verfügung gestellt werden.

Insofern ist davon auszugehen, dass die Mittel der Schulbaupauschale auf absehbare Zeit an schulische Zwecke gebunden sind. Sollte sich in den Folgejahren ein zwingender Bedarf an Schulsportstätten ergeben, wäre seitens der Stadt Remscheid zu erwägen, diesen Bedarf durch den Bau einer den Mehrbedarf abdeckenden Schulsportstätte in eigener Verantwortung zu decken.

Drittens

Hinsichtlich des vom Vereinsvorsitzenden in die Öffentlichkeit getragenen Vorwurfs, die Remscheider Vertreter im Regionalrat bzw. im Landtag Nordrhein-Westfalen wären untätig geblieben, erlaube ich mir Ihnen meinen Schriftverkehr mit Herrn Minister Vesper zur Verfügung zu stellen, den ich als Anlage beigefügt habe.

An der Stellungnahme des Herrn Ministers kann nicht herumgedeutelt werden.

Die von Herrn Manne behaupteten Aussagen von Mitarbeitern des Ministeriums bzw. der Bezirksregierung hat es demnach nicht gegeben.

Ich verwahre mich gegen die – zuletzt in der Ausgabe des Remscheider General-Anzeigers vom 26. Juni 2003 – fortgesetzte öffentlichen Behauptung, als Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen untätig geblieben zu sein.

Viertens

Am 9. September des vergangenen Jahres wurden die Herren Ratsmitglieder Edelhoff und Hess als Mitglieder des Regionalrates und ich als Landtagsabgeordneter zu einem Gespräch in ihre Vereinsgaststätte eingeladen.

In diesem Gespräch wurde über den damaligen Sachstand und die damit verbundenen Probleme für den Verein berichtet.

In diesem Gespräch habe ich auf die Auswirkungen der Einführung der Schulbaupauschale hingewiesen, insbesondere wies ich darauf hin, dass eine Sportstättenförderung auf Basis einer intensiven Nutzung für den Schulsport erfolglos bleiben dürfte.

In ähnlicher Weise gaben die Herren Edelhoff und Hess zu bedenken, dass die zur Verfügung stehenden Fördermittel für den Vereinssportstättenbau ebenfalls nicht den Finanzbedarf Ihres Projektes decken dürften.

Wir empfehlen dem Verein, in Gesprächen mit der städtischen Verwaltung zu erörtern, ob andere Fördermöglichkeiten für das Projekt bestehen könnten.

Fünftens

Die Mitglieder der SPD Ratsfraktion Remscheid waren erstaunt über den Stil und den Ton Ihres Schreibens.

Es ist überdenkenswert, ob es im Interesse Ihres Vereins liegen kann, die gewählten Mitglieder kommunaler Gremien in dieser Art und Weise zu einer Stellungnahme verpflichten zu wollen.

Dies umso mehr, als dass der Brief sprachlich – um es vorsichtig auszudrücken – äußerst unglücklich formuliert wurde, als Beleg möchte ich hierfür drei Formulierungen zitieren, die für sich selbst sprechen:

„Wir fragen Sie ganz persönlich.“

„Wir erwarten Ihre schriftliche Stellungnahme bis zum 15. Juli 2003.“

„Das Ergebnis Ihrer Stellungnahme werden wir in einer uns geeignet erscheinenden Form auswerten und veröffentlichen.“

Abgesehen davon, dass der Anschein erweckt werden könnte, die Verfasser bemühten sich den Adressaten unter einen „Generalverdacht“ zu stellen, vermag ich nicht nachzuvollziehen, wie diese Sprache eine Grundlage für eine vernünftige und sinnführende Diskussion bilden soll.

Im übrigen bieten wir Ihnen an, von zukünftigen Serienbriefen – mit den dafür verbundenen nicht unerheblichen Portokosten – abzusehen und stattdessen sich mit einem Schreiben an die Fraktionsgeschäftsstelle zu wenden.

Abschließend möchte ich Sie darauf hinweisen, dass ich dieses Schreiben mit gleicher Post der örtlichen Presse zur Verfügung gestellt habe, insofern bitte ich dieses Schreiben als „offenen Brief“ zu verstehen.

Einer Auswertung und Veröffentlichung Ihrerseits dürfte diese Verfahrensweise nicht abträglich sein. Für Interessierte und Vereinsmitglieder besteht auch die Möglichkeit, dieses Schreiben unter unserer Internetadresse <http://www.rs-spd.de> abzurufen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Peter Meinecke MdL
Fraktionsvorsitzender

Anlagen:

- Übersicht zur Verwendung der Schulpauschale im Investitionsplan 2003-2006
- Drucksache 40/125
- Mein Schreiben an Herrn Minister Vesper vom 19. Mai 2003
- Antwort des Herrn Minister Vesper vom 5. Juni 2003